

Standpunkt: Da drückt der Schuh – Armut und Arbeitslosigkeit vermeiden.

Denise Göckeler (Leitung Beratungsstelle Arbeit, Job Kontaktstelle Arbeit und Bildung)

Armut und Langzeitarbeitslosigkeit. Beide Begriffe bedingen sich oft gegenseitig, behaftet mit negativen Stigmata und Stereotypen. Wirft man diese Begriffe in den Raum, hat jeder einzelne oft ein Bild im Kopf, selten ein positives. Dabei kommt das Schreckgespenst Hartz IV schneller, als man es im Blick hat: bereits nach einem Jahr Arbeitslosengeld I gilt man als langzeitarbeitslos und somit als Leistungsempfänger. Die pandemische Situation hat gezeigt, wie schnell man in diese Lage geraten kann, dass Arbeit längerfristig nicht greifbar ist, auch wenn man unschuldig hineingerät.

Was bedeutet Armut und Langzeitarbeitslosigkeit?

Beginnen wir mit der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Sockelarbeitslosigkeit im HSK ist im NRW-weiten Vergleich stabil niedrig, auch die Langzeitarbeitslosigkeit bewegt sich auf keinem hohen Niveau. Dennoch gibt es sie und sie ist oft auch bei uns verfestigt. Verfestigt heißt: der Betroffene ist schon lange in dieser Situation der Erwerbslosigkeit. Es gibt Brüche in der Erwerbsbiografie – wie der nicht gemachte Schulabschluss, die nicht abgeschlossene Ausbildung, Krankheit, Kinder und der Status als Alleinerziehende/r, auch das Hineinwachsen in diese Biografien - die zunächst zu Erwerbslosigkeit und später zum Status der Langzeitarbeitslosigkeit führen.

Gründe gibt es viele. Entscheidender ist aber, welche (sinnvollen) Forderungen aus der tagtäglichen Arbeit mit Ratsuchenden gezogen werden können. Im Fokus müssten drei Aspekte stehen, die quasi ein „Dauerbrenner“ sind:

Mobilität

Der Fokus sollte zukünftig stärker auf der Beseitigung der mangelnden Mobilität liegen. Oft erschwert diese die Arbeitsaufnahme oder macht sie unmöglich. Der HSK und auch Arnsberg und Sundern sind wirtschaftlich gut aufgestellt, aber durch die ländliche Struktur auch sehr zergliedert. D.h. die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV ist oftmals schwierig. Schichtdienste sind schwer zu bewältigen. Da Langzeitarbeitslosigkeit oft mit mangelnder Mobilität einhergeht, sollte deshalb darauf stärker ein Fokus gelegt werden. Zielführend wäre ein frühzeitiger Ansatz, um die Wichtigkeit mindestens des PKW-Führerscheins zu unterstreichen und junge Menschen zu unterstützen und zu ermutigen, diesen zu erwerben. Wird dieser nicht früh erworben, so wird es immer schwieriger sowohl mit der Arbeitsaufnahme als auch mit dem Führerschein selbst. Der fehlende Führerschein bedingt später zum Teil auch fehlende Teilhabe für die Familie.



Bundestagswahl 2021

Welche Themen beschäftigen die Kolleg*innen im Caritasverband?



Früheres Eingreifen sowie Transparenz und Konstanz der Förderinstrumente

Das Teilhabechancengesetz hat eine große Bedeutung. In dem Kontext sollten fokussiertere „passgenau“ Fördermöglichkeiten geschaffen werden, die früher greifen als die §16i und 16e, also nicht erst nach zwei Jahren in Arbeitslosengeld II. Denn je länger der Leistungsbezug besteht, umso eher verfestigt sich dieser Zustand mit all seinen negativen Begleiterscheinungen wie Armut und geringere Bildungschancen für die Familie. Hinzu kommt, dass die bestehenden Fördermöglichkeiten nicht diejenigen erfassen, die aufgrund ihrer persönlichen Struktur immer wieder in Erwerbslosigkeit geraten und selten eine Konstanz in einer Beschäftigung haben. Aus dieser wechselvollen Berufsbiografie entstehen ein Armutsrisiko und geringe Bildungschancen. Wünschenswert wären konstante zielgerichtete Förderinstrumente unabhängig von Wahlkämpfen und neuen Regierungen, d.h. gute und erfolgreiche Instrumente sollten bestehen bleiben und von allen Parteien verstetigt werden.

Nachhaltigkeit und Ausbildung in Teilzeit

Nicht nur bezogen auf umweltpolitische Aspekte ist Nachhaltigkeit wichtig, sondern auch in Bezug auf die Integration in den Arbeitsmarkt (soziale Nachhaltigkeit). Bei der Stellensuche sollte stärker auf langfristige Integration durch gezieltes „Matching“ (Zusammenführen) und stärkere Begleitung in der ersten Zeit der Arbeit geschaut werden, als auf kurzfristige Ausgliederung aus dem Leistungsbezug. Ziel sollte nicht vorrangig einfach die Vermittlung in Arbeit sein, sondern die nachhaltige Eingliederung in eine zukunftsfähige Beschäftigung. Dabei wäre auch wünschenswert, dass ein besonderer Fokus für alle Altersgruppen auf die Ausbildung in Teilzeit gelegt wird. Damit kann ein Zugang in die qualifizierte Berufsausbildung auch für diejenigen geöffnet werden, die z.B. erst später im Leben ihre „Chance ergreifen“ oder vorher ihren familiären Verpflichtungen, wie Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen, nachkommen.

Armut ist oft einhergehend mit Leistungsbezug, prekären Beschäftigungsverhältnissen und/oder geringerer Bildung. Armut im Leistungsbezug heißt, dass jeder Bereich des Lebens auf den Cent genau ausgerechnet ist. Das bedeutet konkret: Jede Einladung zu einem Kindergeburtstag wird zu einer Herausforderung, gesellschaftliche Teilhabe in Form von Kino oder Kultur (außerhalb staatlicher Einrichtungen), ein defektes Auto aber auch die (zu) schnell wachsende Kinderfüße, gehören dazu.

Zwar haben betroffene Familien Anspruch, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu bekommen, dieses greift teilweise spät, wenn man z.B. Nachhilfe bei Versetzung gefährdeter schulischer Leistungen in Betracht zieht und ist in Teilen zu kurz gedacht. Man kann z.B. zum Fußballtraining gehen und dennoch nicht zur Gruppe gehören, da die Grundausstattung fehlt, wie die passende Kleidung, Schienbeinschoner, passende Stollenschuhe – denn all dieses findet sich in der oft benötigten Menge weder im Bildungs- und Teilhabepaket noch in der Höhe der ausgerechneten Pauschalsätze. Hinzu kommt, dass die Mobilität fehlt, auf Angebote zurückgreifen zu können. Ähnliches gilt allerdings für Geringverdiener, die gerade eben über dem Leistungssatz liegen.

Auch hier liegt die Forderung klar auf einem gerechteren Bildungssystem und einer Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Das Bildungs- und Teilhabepaket sollte ausgeweitet und vor allem vereinfacht werden, um den Aspekt des Wohlwollens gegenüber dem Kind, z.B. Nachhilfe wenn das Kind oder die Eltern und Lehrer Schwierigkeiten sehen, nicht erst, wenn die Noten schon schlecht sind. Der Leistungssatz für Kinder sollte sinnvoll um Leistungen zur gesellschaftlichen Teilhabe ergänzt werden. Es wäre für Bildungsgerechtigkeit langfristig zudem lohnend, auf eine bessere Schulausstattung und eine verstärkte Schulsozialarbeit zu setzen.

In Bezug auf Armut und Langzeitarbeitslosigkeit besteht unser Appell an die politisch Verantwortlichen darin, gemeinsam und sozial zu handeln, unabhängig eines politischen Wettstreits um die Wählerstimmen. Das Wohl der Menschen am Rande der Gesellschaft in den Blick zu nehmen sollte Pflichtaufgabe jeder/s politischen Verantwortlichen sein und unser gesamtgesellschaftlicher Anspruch sein. Dafür braucht es aber auch eine Politik, die die Teilhabechancen aller Menschen als Gesellschaftsbild versteht und die Schere von Arm und Reich in unserem Land zunehmend nachhaltig mindern will. Armutsbekämpfung geht nur gemeinsam! ■